

Unternehmer schlagen zu Recht Alarm



Die Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die drastisch gestiegenen Energiekosten gefährdet und protestierten deshalb in einem Brandbrief an die Bundeskanzlerin. Die Freien Demokraten schließen sich ihrer Kritik an, betonen jedoch, dass der Adressat dieses Briefes in erster Linie die Landesregierung sein müsse, die für diese Kostenentwicklung die Verantwortung trage. Höchste Zeit, eine vernünftigerere Energiepolitik für MV zu machen, [findet FDP-Landesvorstandsmitglied Michael vom Baur](#) [1].

Die aktuelle Kostenlawine sei lange absehbar gewesen, gibt vom Baur zu bedenken. In anderen Bundesländern bestehe letztendlich wenig Bereitschaft, zusätzliche Belastungen aufgrund eines nicht durchdachten Windkraftausbaus durch eine bundesweite Umlage zu übernehmen. "Es gibt dort teils ganz andere Vorstellungen darüber, wo neue regenerative Stromerzeugungsanlagen gebaut werden sollten und wie das Netz daher künftig auszubauen wäre", verdeutlicht er. "Trotz dieser ungelösten Frage hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren Fakten geschaffen und einen aggressiven Ausbau der Windenergie in MV vorangetrieben, ohne dass diese Stromerzeugungskapazität anderswo in Deutschland bestellt worden wäre."

Nach den Vorstellungen des zuständigen Ministers Christian Pegel (SPD) sollte diese Entwicklung künftig fortgesetzt werden, "selbst wenn an Sturmtagen 'Windstromböen aus MV', die niemand kaufen will, für teures Geld entsorgt werden müssten", kritisiert vom Baur. Für ihn ist klar: Die Landesregierung gefährde durch eine illusionäre Energiepolitik den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern und nehme "eine gewaltige Kostenhypothek" für Familien und Wirtschaft auf. Sein Fazit: "Kein Wunder, dass die Unternehmer nun Alarm schlagen."

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/unternehmer-schlagen-zu-recht-alarm>

Links

[1] <https://www.fdp-mv.de/2017/02/03/schock-mit-ansage-netzkosten-anstieg-war-zu-erwarten/>